



Detailansicht des Registereintrags

Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) e.V.

Aktuell seit 29.06.2026 11:20:02

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R005323
Ersteintrag:	11.10.2022
Letzte Änderung:	29.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	29.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: DVPW e.V. c/o Freie Universität Berlin Ihnestr. 26 14195 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493083868874 E-Mail-Adressen: buero@dvpw.de Webseiten: https://www.dvpw.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Prof. Dr. Michael Koß**
Funktion: Vorstand (Vorsitzender)
2. **PD Dr. Janne Mende**
Funktion: Vorstand (stellvertretende Vorsitzende)
3. **Prof. Dr. Markus Tepe**
Funktion: Vorstand (stellvertretender Vorsitzender)

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):

1. **Prof. Dr. Rieke Trimcev**
2. **Prof. Dr. Michael Koß**

Gesamtzahl der Mitglieder:

2.189 Mitglieder am 24.06.2026, davon:

2.185 natürliche Personen

4 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (1):

1. International Political Science Association (IPSA)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (2):

Hochschulbildung; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) e.V. verfolgt als wissenschaftliche Fachvereinigung das Ziel der Förderung von Wissenschaft und Forschung und insbesondere die Entwicklung der Forschung und Lehre der Politikwissenschaft und die Verbreitung ihrer Erkenntnisse. Zu diesem Zwecke wirkt sie auch an der Diskussion wissenschaftspolitischer Fragen mit, wenn diese die Interessen der Mitglieder und des Faches betreffen, und steht in einem regelmäßigen Austausch mit Vertreter*innen aus Wissenschaft, Politik und Medien. Sie verfolgt insbesondere wissenschaftspolitisch relevante Gesetzgebungsprozesse auf Bundes- und Länderebene und bringt sich in die politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse ein. Mit direkten Anschreiben, offenen Briefen und öffentlichen Stellungnahmen richtet sich die DVPW unmittelbar an Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreter*innen der Ministerien.

Konkrete Regelungsvorhaben (1)

1. Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes

Beschreibung:

Auch nach der Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) im Jahr 2016 sind Vertragslaufzeiten von weniger als drei Jahren in der (Politik-)Wissenschaft nach wie vor häufig gegeben. Der hohe Anteil an Kurzzeitbefristungen mindert nach Einschätzung der DVPW die Attraktivität einer wissenschaftlichen Laufbahn in Deutschland, erschwert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und hemmt innovative Forschung. Deshalb setzt sich die DVPW seit 2021 für eine umfassende Reform des WissZeitVG ein. Das Sonderbefristungsrecht in der Wissenschaft sollte grundsätzlich beibehalten werden, allerdings fordert die DVPW insbesondere die Einführung von Mindestvertragslaufzeiten, die Schaffung von Dauerstellen und eine verbindliche Entfristungsperspektive für Postdoktorand*innen.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes über befristete Arbeitsverträge in der Wissenschaft (WissZeitVG) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 26.05.2026

Federführendes Ministerium: BMFTR [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

WissZeitVG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Wissenschaft, Forschung und Technologie [\[alle RV hierzu\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

220.001 bis 230.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[2025_EUeR.pdf](#)